

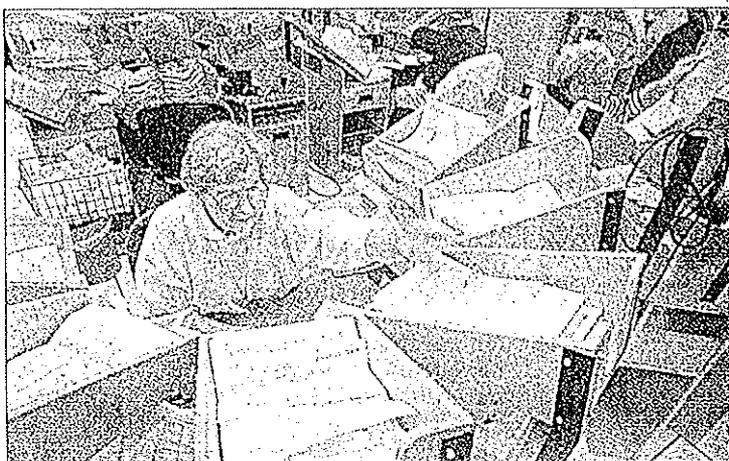
Über 60: Ein Fünftel jobbt

Frankreich und Österreich mit niedrigster Erwerbsquote ab 60

Brüssel (APA) Pensionsysteme sind derzeit in der gesamten EU unter Druck. Die steigende Zahl der Pensionisten und die niedrigen Geburtenraten stellen die staatlichen Pensionssysteme vor zunehmende Finanzierungsprobleme.

Dazu kommt, dass immer mehr EU-Bürger vor dem Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters – in Österreich 60 Jahre bei Frauen und 65 Jahre bei Männern – zu arbeiten aufhören. Im Schnitt arbeiteten 1999 in der EU 50,7 Prozent der Menschen im Alter von 55 bis 59 Jahren, von 60 bis 64 waren es nur mehr 22,3 Prozent, geht aus einem Dokument der EU-Kommission zu den langfristigen Perspektiven der Pensionssysteme in der EU hervor.

Österreich liegt mit einer Erwerbstätigenquote von 41 Prozent bei den 55- bis 59-Jährigen bzw. 11,7 Prozent bei den 60- bis 64-Jährigen im „Spitzenfeld“. In der Altersgruppe ab 55 haben nur Italien (36,6 Prozent) und Luxemburg (38,2 Prozent) noch weniger Erwerbstätige. Ab 60 liegen die Österreicher hinter Frankreich (10,1 Prozent) an zweiter Stelle, gefolgt von Begi-



Speziell in skandinavischen Ländern sind Mitarbeiter über 60 Fixbestandteil der Belegschaften. (AP-Foto)

en (12,9 Prozent). In Schweden stehen im Vergleich dazu noch knapp die Hälfte der 60- bis 64-Jährigen am Arbeitsplatz, ebenso wie in Portugal (43,6 Prozent).

Das gesetzliche Pensionsalter spiegle die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung nicht wider, merkt die EU-Kommission an. In den meisten Pensionssystemen gebe es zudem starke Anreize, nicht über das Frühpensionsalter hinaus zu arbeiten, weil einerseits weiter Sozialbeiträge bezahlt werden müssen, ohne dafür zusätzliche Pen-

sionsansprüche zu erwerben. Andererseits werde Arbeitsentgelt meist höher besteuert als die Pension, kritisiert die EU-Kommission.

Eine Umkehr dieses Trends setze jedoch bessere Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer voraus sowie deren ständige Weiterbildung. Die bestehenden Pensionssysteme stellen laut EU-Kommission außerdem eines der größten Hindernisse für eine größere Mobilität am EU-Arbeitsmarkt dar.